

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Sanierung Rathaus Alzey - Los 02 Fachplanung TA (HLS)**OJ S 103/2024 29/05/2024****Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer**1.1. Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung: Stadt Alzey

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren**2.1. Verfahren**

Titel: Sanierung Rathaus Alzey - Los 02 Fachplanung TA (HLS)

Beschreibung: Die Stadt Alzey beabsichtigt, das städtische Rathaus in der Ernst-Ludwig-Straße 42 in Alzey zu sanieren und in ein zeitgemäßes Gebäude zu überführen. Dabei stehen besonders bauphysikalische, bautechnische und brandschutztechnische Mängel im Fokus der Sanierung unter Beachtung denkmalschutzrechtlicher Anforderungen. Das städtische Rathaus-Verwaltungsgebäude (ca. 3.700 m²) besteht aus dem historischen Kreisamt Baujahr 1896 und dem Erweiterungsbau aus dem 20. Jahrhundert. Das Rathaus ist freistehend errichtet, der Altbau von 1894-96 und der Erweiterungsbau von 1959-60 sind über ein gemeinsames Treppenhaus verbunden. Unterschiedliche Geschosshöhen werden durch Split-Level-Treppen organisiert. Ein dritter Gebäudeteil von 1988 bildet den neusten Teil des Rathauses und beherbergt WC-Anlagen und die Zugänge zu den Kellerbereichen. Bei den Projektzielen handelt es sich um die Optimierung der räumlichen Bestandsstrukturen im Sinne der Ressourcenschonung und Wirtschaftlichkeit. Aufgrund der gewachsenen Strukturen wird beabsichtigt, die entstandenen Strukturen in ein klares und schlüssiges Raumkonzept zu überführen, Räume multifunktional auszubilden (Besprechungsräume - Pausenräume), Desksharing-Bereiche einzuführen, WC Bereiche zu sanieren, den Eingangsbereich/Empfang entsprechend den aktuellen Anforderungen und Bedürfnissen umzugestalten. Die brandschutztechnischen erforderlichen Maßnahmen sind in ein neues Brandschutzkonzept eingearbeitet worden und müssen entsprechend in die Planung einfließen. Näheres ist dem Brandschutzkonzept zu entnehmen. Die Elektroanlagen des Gebäudes befinden sich zum größten Teil in einem veralteten, nicht mehr normgerechten Zustand. Insbesondere die Ausstattung des passiven Netzes ist nicht zeitgemäß und verursacht im Betrieb erhebliche Probleme. Die bauseits vorhandenen elektrotechnischen Komponenten (z.B. Niederspannungshauptverteilung, Unterverteilungen, Sicherheits-beleuchtung, Installationsgeräte, Lampen) sind veraltet und müssen erneuert werden. Durch zusätzliche Energien für Fremdgewerke Heizung, Sanitär, Lüftung kann eine Verstärkung des Hausanschlusses erforderlich werden. Außerdem sind arbeitsschutzrechtliche Anforderungen gem. der Unfallkasse aufzuarbeiten und anzupassen (Handläufe, Umwehungen, u.v.m). Der Auftraggeber hat im Vorfeld eine Bestandsanalyse und Zustandsdiagnose zur Sanierung erstellen lassen. Dabei wurden die Themenpunkte Denkmalschutz, Brandschutz, Barrierefreiheit, Bausubstanz, technische Gebäudeausrüstung und zukünftige Nutzung und Raumanforderungen zusammengetragen. Zudem wurden Untersuchungen zur energetischen

Ertüchtigung veranlasst - diese befinden sich noch in Bearbeitung und werden nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt.

Kennung des Verfahrens: d8956f57-1ccc-4407-9ccd-6404d48b1910

Interne Kennung: 24-06-28-1230

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb /Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: In der ersten Phase des Verfahrens

(Teilnahmewettbewerb) wird die Eignung der Bewerber geprüft. In der zweiten Phase des Verfahrens werden 3 - 5 Bewerber aufgefordert, ein Angebot zu unterbreiten. Die Angebote werden anschließend in 1 oder mehreren Verhandlungsrunden verhandelt. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf Basis der Erstangebote zu vergeben, ohne in die Verhandlungen einzutreten.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000

Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71315000

Haustechnik, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321200 Heizungsplanung,

71321300 Beratung im Bereich Sanitärinstallation, 71321400 Beratung im Bereich Belüftung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Alzey

Postleitzahl: 55232

Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YJVHSUK 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bewerber/Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bewerbers/Bieters. --- 2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen /Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bewerber verwenden sollen. Maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung. Die Verwendung von bereitgestellten Vordrucken wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages und des Angebotes empfohlen. --- 3.) Anfragen von Bewerbern/Bietern werden nur in Textform über die Vergabeplattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge/Angebote gestellt werden. --- 4.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabeplattform. Das Postfach der Bieters auf der Vergabeplattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von

Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Verhandlungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr. --- 5.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. --- 6.) Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform verschlüsselt über das Biertool der Vergabeplattform einzureichen. --- 7.) Ausländische Bewerber/Bieter haben geforderte Nachweise /Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen. --- 8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen. --- 9.) Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung Rathaus Alzey - Los 02 Fachplanung TA (HLS)

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für die Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, Anlagengruppen 1 - 3 und 8, sowie für die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen. In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 2 bis 4 für Leistungen nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden. In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Auftraggeber die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach § 55 HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

Interne Kennung: 24-06-28-1230

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000

Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71315000

Haustechnik, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321200 Heizungsplanung,

71321300 Beratung im Bereich Sanitärinstallation, 71321400 Beratung im Bereich Belüftung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für die Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, Anlagengruppen 1 - 3 und 8, sowie für die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen. In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 2 bis 4 für Leistungen nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden. In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Auftraggeber die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach § 55 HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Alzey
Postleitzahl: 55232
Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)
Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

5.1.4. Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Der Auftrag umfasst eine Option. Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für die Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, Anlagengruppen 1 - 3 und 8, sowie für die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen. In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 2 bis 4 für Leistungen nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden. In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Auftraggeber die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach § 55 HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen. --- Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung: Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB begründet sind. --- 2.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind. --- 3.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist. --- 4.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber/Bieter einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Angebot zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist. --- 5.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. --- 6.) Nachweis des Bieters über die Eintragung

in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder) --- Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bewerber zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen wie Bescheinigung des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkassen/der Berufsgenossenschaft. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber /Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers/Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV). --- 2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV). --- Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen (z.B. Bilanzen, EÜ-Rechnungen, BWAs), zu verlangen bzw. einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben. --- Der Bewerber/Bieter hat eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3.000.000 EUR und für Sach- und Vermögensschäden mindestens 3.000.000 EUR beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV). --- Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen für die Personen-, Sach- und Vermögensschäden mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen. Es ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen, dass die vorgenannten Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen. Die geforderten Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: I. Allgemeine Anforderungen

Beschreibung: Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 6 VgV); --- 2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV); --- 3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte vergeben will. --- Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen /Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: II. Mindestanforderung an die Bürogröße

Beschreibung: Planung - Bauüberwachung Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Fachplaners Technische Ausrüstung und des Bauüberwachers über die Qualifikation eines abgeschlossenen Hochschulstudiums des Ingenieurwesens und eine einschlägige Berufserfahrung nach Abschluss des Studiums von mindestens 10 Jahren verfügen sowie über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen. Für den stellvertretenden Bauüberwacher wird daneben die Qualifikation durch eine abgeschlossen Ausbildung zum staatl. geprüften Techniker oder Handwerksmeister mit mind. 10 Jahren Berufserfahrung in der Bauüberwachung als gleichwertig anerkannt. Die jeweils geforderten Qualifikationen müssen zum Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und sind mit dem Teilnahmeantrag durch geeignete Unterlagen nachzuweisen (Diplomurkunden, Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen, Referenzen oder sonstige vergleichbare Belege). Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure benennen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: III. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers

Beschreibung: Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung und Bauüberwachung der Technischen Ausrüstung bei dem Neubau, der Erweiterung oder Sanierung von Gebäuden mit vergleichbarer Nutzung durch geeignete Referenzen nachzuweisen. Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden. Es sind mindestens drei Referenzobjekte für die Fachplanung Technische Ausrüstung anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen: Alle Referenzen müssen die Sanierung oder die Erweiterung von Gebäuden mit vergleichbaren Anforderungen (Kategorie: Verwaltungsgebäude oder Bürogebäude, o.ä.) zum Inhalt haben. Werden Referenzen anderer Kategorien vorgelegt, ist die Vergleichbarkeit im Rahmen der Referenzangaben nachvollziehbar zu erläutern. - davon muss mindestens eine Referenz Summe der relevanten Anlagengruppen (AG 1-3 und 8) in der Kostengruppen KG 400 von mindestens 400.000 EUR netto ausweisen, - davon muss mindestens eine Referenz die Sanierung eines vergleichbaren Gebäudes im laufenden Betrieb betreffen, - davon müssen mindestens 2 Referenzen vorliegen, bei deren Realisierung die Bauleistung nach den Regelungen der VOB bzw. VOB/EU vergeben und realisiert wurden, Mit den Referenzen ist die Erbringung der Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der ausgeschriebenen Anlagengruppen für jede Anlagengruppe mind. zweimal nachzuweisen. Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 2-6 und 8 erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 (alternativ die Inbetriebnahme) nach dem 1.1.2016 erfolgt sein muss. Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich der Ergebnisse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungsphasen 3, 7 und der Projektergebnisse nach Abschluss der Leistungsphase 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht

worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten (Telefonnummer) des Referenzgebers mitzuteilen. Die vorgenannten Angaben sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Kriterium für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern für die zweite Verfahrensstufe

Beschreibung: Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von vergleichbaren Fachplanungs- und Bauüberwachungsleistungen, anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß dieser Bekanntmachung erfüllen. Durch die Einreichung von zusätzlichen Referenzen (über die Mindestanzahl von 3 hinaus) kann eine bessere Bewertung erzielt werden; ebenso bei größerer Entsprechung der vorgelegten Referenzen mit der vorliegenden Planungsaufgabe (Kosten, Größe, Schwierigkeitsgrad/ Komplexität, etc.). Bei der Bewertung der Teilnahmeanträge werden ausschließlich Referenzen herangezogen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß dieser Bekanntmachung erfüllen. Dies gilt auch für die Berücksichtigung von zusätzlichen Referenzen. --- Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der bekanntgemachten Mindestzahl von 3 Bewerbern liegt, kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren nach § 51 Abs. 3 S. 2 VgV fortführen, indem er den oder die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen. Alternativ kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren wegen Unterschreitung der Mindestzahl von drei geeigneten Bewerbern, aber auch gemäß § 63 VgV aufheben und gegebenenfalls ein neues Vergabeverfahren durchführen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bearbeitungsorganisation

Beschreibung: Die Qualität der Bearbeitungsorganisation wird anhand mehrerer Unterkriterien beurteilt. Systematische Herangehensweise an die Planungsaufgabe (25 %) ---

Qualitätsmanagement (10%) --- Intensität und Organisation der Örtliche Bauüberwachung (25%) --- Vertragsgestaltung (5%) --- Weitere Details zu den Zuschlagskriterien und der

Bewertung können den Vergabeunterlagen der zweiten Verfahrensstufe entnommen werden. Diese Vergabeunterlagen sind im Entwurf bereits in der ersten Verfahrensstufe zur Verfügung gestellt.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Wertungssumme aus dem Honorarangebot

Beschreibung: Details zur Bewertung können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJVHSUK/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJVHSUK>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJVHSUK>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/06/2024 12:30:00 (UTC+2)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt nach den Regelungen des § 56 VgV.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Ort: Der Öffnungstermin wird elektronisch durchgeführt.

Zusätzliche Informationen: Bewerber/Bieter oder deren Bevollmächtigte sind im Öffnungstermin nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an. --- Die Ausführung des Auftrages ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Ingenieure benennen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Von Bieterern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der benannten Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren einen Nachprüfungsantrag zustellen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Alzey

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Alzey
Registrierungsnummer: 073310003003-001-80
Postanschrift: Ernst-Ludwig-Straße 42
Stadt: Alzey
Postleitzahl: 55232
Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)
Land: Deutschland
E-Mail: Alzey@Bieteranfrage.de
Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: VBS Vergabeberatungsstelle GmbH
Registrierungsnummer: DE364668695
Postanschrift: Auf dem Kalk 5
Stadt: Montabaur
Postleitzahl: 56410
Land, Gliederung (NUTS): Westerwaldkreis (DEB1B)
Land: Deutschland
E-Mail: Alzey@Bieteranfrage.de
Telefon: +4926029973890

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Registrierungsnummer: DE355604198
Postanschrift: Stiftstraße 9
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234
Fax: +49 6131162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1f7e0470-b4d6-4ee9-8e40-338476fed73e - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/05/2024 15:14:16 (UTC+2)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 316895-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 103/2024

Datum der Veröffentlichung: 29/05/2024